

## Kein schöner Land

*Die Finanzindustrie hat Boden längst als lukratives Investment entdeckt. In Afrika, Lateinamerika, Südostasien und auch in Ostdeutschland – überall greifen ähnliche Mechanismen, sobald das Geld den Acker bestellt.*

Von Timour Chafik, enorm – Wirtschaft für den Menschen, 22.08.2013

Am Anfang war das Land und wenn man ihm eine Zahl geben möchte, wäre es vielleicht die 18258. Das ist die Postleitzahl des Dorfes Rukieten, südlich von Rostock, rund 300 Einwohner. Weite Flächen, leicht gewellte Hügellandschaft. Tiefstes Mecklenburg-Vorpommern. Möglicherweise ist das der Ort, an dem alles zusammenkommt: Die Lust auf Boden, das Hecheln nach Erträgen. Die großen Investments, die hohen Renditen. Der Mensch, der Staat und die entfesselte globale Wirtschaft. Ein kleiner Ausschnitt aus einem großen, nicht immer fairen Spiel um die Krume, in dem längst der smarte Investor im Nadelstreifenanzug die Regeln bestimmt. Der Bauer ist eben nur noch Bauer. Wie beim Schach. Leicht zu opfern.

Der Weg zu den Bauern, die eigentlich gar keine Bauern mehr sind, zieht sich durch ehemaliges Junkerland. Die Jungen sind heute längst weg aus Schwaan, aus Bützow, aus Güstrow. Wer hier noch wohnt, der macht meist irgendwas mit Landwirtschaft, weil in den versprochenen blühenden Landschaften jobmäßig sonst nicht viel blüht.

Es gibt viel freie Ladenfläche und wenig Mensch hier. Und auf den Äckern, die mal als Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) funktionierten, drehen sich heute die Windräder. Hier ist Mecklenburg-Vorpommern arm und irgendwie reich, weil der Grund gut ist und der Wind weht. Weil Subventionen fließen und andere Länder ihren Ausgleich leisten. Es gibt viel Boden hier mit ordentlichen Ackerzahlen und darum könnte auch die Zukunft rosig sein, glaubt mancher: „Die ökonomischen Rahmenbedingungen sprechen insgesamt dafür, dass die Wertschätzung der Märkte für Rohstoff- und Biomasseproduktion vom Ackerland

eher zu- als abnimmt“, heißt es in einem Papier des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung zur Ertragsfähigkeit ostdeutscher Ackerflächen. Darüber hinaus würden die steigende globale Nachfrage nach Rohstoffen bei einem knappen Angebot an Flächen den Marktpreis „positiv beeinflussen“. Das ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht anders als im Rest der Welt: Boden ist kostbar, es gibt ihn schließlich nur einmal.

Die Studie, 2008 beauftragt und unterstützt von der BVVG, der Berliner Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH – Hauptaufgabe: Ost-Ländereien aus Staatsbesitz nach der Wende zu verpachten und verkaufen – schließt daraus: „Ansteigende Rohstoffpreise werden in deutlich stärkerem Umfang als in der Vergangenheit an die nächsten Glieder der Verwertungskette landwirtschaftlicher Produkte weitergereicht werden können“. Das klingt kompliziert, ist aber recht einfach: Wer Flächen hat, verdient gleich doppelt. Am Land und an der Ernte. Das weckt Begehrlichkeiten, immer mehr bei denen, die mit Landwirtschaft bisher nicht viel am Hut hatten.

Und es weckt Wut: „Was hier stattfindet ist der Verkauf oder die Besitznahme von Land durch ortsfremde Personen, die nicht selber wirtschaften“, sagt Jörg Gerke, 54, hoch gewachsen, Doktor der Agrarwissenschaften und Landwirt in Rukieten. „Hier findet Land Grabbing statt, und zwar in einem wachsenden Umfang“, sagt er. Entvölkerung, Vertreibung, Weizen, der containerschiffweise nach China verschifft wird. Das passt hier nicht hin. Oder vielleicht doch.

Gerke hat wenig Gnade mit den „neuen Agrarkadern“. Ihnen hat er gleich ein ganzes Buch gewidmet, Titel: „Nehmt und euch wird gegeben“. Darin seziert er bis ins kleinste Detail, wie seine Definition des Land Grabbings im Osten funktioniert: Enteignungen, die nach der Wende nicht rückgängig gemacht wurden; Kleinbauern, die über Bieterverfahren nicht informiert wurden; Ausschreibungen zu Preisen weit unter Marktwert; Netzwerke aus alten LPG-Fürsten, DDR-Funktionären, Linientreuen, die sich nach der Wende ihre Pfründe gesichert haben: „Bauern, die sich hier wieder selbstständig machen wollten, wiedergegründete Betriebe aber auch Zugezogene sind da weitgehend außen vor gelassen worden“, sagt Gerke.

Was hier passiert, sagt er, sei ein von oben organisierter Ausverkauf: „Schon heute bewirtschaften Betriebe über 500 Hektar mehr als 70 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Ostdeutschland – klar, dass diese Großbetriebe potenzielle Objekte für zahlkräftige Investoren sind“. Die paar Bauern, die dann hier noch leben, werden relativ isoliert sein, glaubt er.

Ist das schon Land Grabbing? Müssen Investoren erst ganze Regionen in Afrika, Asien, Südamerika aufkaufen? Braucht es die Entvölkerung ganzer Landstriche, im Extremfall gewaltsam, damit der Vorwurf „Landraub“ trägt? Oder reicht ein, so Gerke, „politisch motivierter Ausverkauf“, der in einem ohnehin radikalen Strukturwandel der Landwirtschaft die Großen zu Siegern erklärt – und die Kleinen erst gar nicht mitspielen lässt? „Der Staat ist ein schlechter Landwirt“, sagt er, „so wie hier die Flächen zugunsten einer kleinen Minderheit verschleudert wurden – das ist staatlich organisiertes Land Grabbing“. Die Realität sieht nicht ganz so schwarz-weiß aus.

Also Schnitt. Schwenk dahin, wo das Abstrakte regiert. Hin zu Olivier de Schutter, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Vor dem UN-Menschenrechtsrat sagt er Sätze wie: „Investitionen in Landflächen können allen daran beteiligten Parteien dienen – vorausgesetzt, die entsprechenden institutionellen Rahmenbedingungen wurden im Vorfeld geschaffen“.

Diplomaten-Dialektik, überholt von der Wirklichkeit: je nachdem, welcher Organisation man Glauben schenkt, rangiert die Größe der „gegrabten“ Fläche, Stand 2010/2011, zwischen 47 Millionen (Weltbank) und 80 Millionen Hektar (The Land Deal Politics Initiative). Oxfam geht gleich mit 227 Millionen Hektar ins Rennen. Flächenmäßig also irgendwo zwischen Turkmenistan, der Türkei und dem Sudan. Die Wahrheit ist: es gibt sie nicht, die eine Zahl. Weil kein Zentralregister großer Landkäufe existiert; weil die großen Deals hinter verschlossenen Türen verhandelt werden und selbst die eifrigste NGO vor den Verflechtungen und stillen Teilhaberschaften kapitulieren muss. Weil schlichtweg die institutionellen Rahmenbedingungen fehlen. „Ich habe versucht, die Wahrheit über ein paar

Einzelprojekte zu recherchieren – ich bin gescheitert“, räumt Fred Pearce, Autor des Buches „The Landgrabbers“, ein.

Vielleicht braucht es auch gar nicht die eine, absolute Zahl. Vielleicht ist es eher die Entwicklung, der die Schutter einen Rahmen geben will: „Die zunehmende Volatilität der Preise für Agrarerzeugnisse auf den Finanzmärkten, die immer enger verflochtenen Energie- und Rohstoffmärkte – das hat das Interesse an Kauf oder Pacht von Flächen vor allem in Entwicklungsländern geweckt“, sagt er. Heraus kommt das, was er als Land Grabbing definiert: häufig nur ein Handschlag zwischen Regierungsbeamten eines Entwicklungslandes und ausländischem Privatinvestor.

Der Diplomat fordert Transparenz, Teilhabe und Mitsprache für die, denen das Land gehört. Oder gehören könnte, denn so klar sind die Besitzverhältnisse im zentraläthiopischen Hochland oder am Rande des brasilianischen Regenwalds nicht immer. Er stellt das Recht auf Nahrung über das Recht auf Rendite. Er führt die internationale Gerichtsbarkeit ins Feld, die ganz großen Geschütze, appelliert an das Verantwortungsbewusstsein der Staaten, die ihre Flächen im großen Stil verkaufen. Aus Gier, Opportunismus oder in dem Glauben, eine hochindustrialisierte Landwirtschaft könne wichtige Impulse auch außerhalb des Agrarsektors setzen.

Wer den Geschäftsbericht der KTG Agrar aus dem Jahr 2011 auf Seite 8 aufschlägt, blickt in die gütigen Augen von Ganesh. Der indische Bauer heißt es da, „muss sich ganz schön ins Zeug legen, um seinen Nachwuchs zu ernähren“. Seit der Geburt seines ältesten Sohnes sei die Bevölkerung Indiens auf 1,24 Milliarden Menschen angewachsen. Die Schlussfolgerung: „Während der Bedarf nach Nahrung und Energie stetig wächst, sinkt gleichzeitig seit Jahren die verfügbare landwirtschaftliche Fläche“.

Da war die KTG Agrar schneller: 2011 hat die Hamburger Aktiengesellschaft ihre Agrarflächen um 2.500 Hektar auf insgesamt 35.000 Hektar aufgestockt, ein Fünftel davon im Eigenbesitz, der Rest gepachtet. Nicht in Indien, sondern vor allem in Ostdeutschland. BVVG-Flächen, seit 1994 geleast oder gekauft. Heute seien die Flächen eine der „wertstabilsten Sachanlagen der Welt“, wirbt die KTG, „gemäß dem Statistischen Bundesamt ist der Preis je Hektar in Ostdeutschland im Jahr 2010 um

mehr als 20 Prozent gestiegen“. 2011 sei die Entwicklung noch dynamischer gewesen und stehe für einen weltweiten Trend.

„Wir sind Landwirte, sonst nichts“, sagt Vorstandsmitglied Thomas Berger, ein Jurist, der auch schon als Investmentbanker gearbeitet hat. Der KTG-Firmensitz ist nur einen Steinwurf von der Binnenalster entfernt, unscheinbares Klingelschild, unspektakulär die Räume. Einzig die vielen Weltkarten an vielen Wänden fallen auf. Davor der Mann im Nadelstreifenanzug, die Pressesprecherin immer dabei.

Ein Landwirt an der Börse? „Nur für die ungewöhnlich, die die Finanzierung eines Bauernhofes auf reine Eigenfinanzierung oder die Fremdfinanzierung über eine Bank reduzieren“, sagt er. Die Börse sei ja nichts anderes als eine Alternative zur Bank. „Wir sind nicht das einzige mittelständische Unternehmen, das gelistet ist“. Und überhaupt, 35.000 Hektar im Vergleich zu den knapp 12 Millionen Hektar Ackerland in Deutschland – trotz Börse und Aktionären im Rücken sei man da doch eher Kleinbauer. „Wir hegen und pflegen das Land zur Nahrungsmittelproduktion, sind in den meisten Fällen der größte Arbeitgeber am Ort, häufig der Hauptsponsor vom Fußballclub und richten auch noch Kindergartenfeste aus“, sagt Berger. Das ist ziemlich nett.

Wenn sie nicht aus ihrer Sicht Entwicklungshilfe im strukturschwachen Osten leistet und großflächig im konventionellen wie ökologischen Landbau investiert, wird kräftig diversifiziert: 21,5 Millionen Euro konnte die Gruppe im vergangenen Jahr durch den Verkauf erneuerbarer Energien aus der Biogasproduktion Erlösen. Nur wenig mehr, 22,9 Millionen Euro, im konventionellen Marktfruchtanbau. Wie viel Landwirt steckt da noch drin? „Wir sind Landwirte und werden auch in zehn Jahren noch aus unseren landwirtschaftlichen Ressourcen auch Energie erzeugen“, glaubt der KTG-Vorstand. Landwirtschaft und Energie – damit lässt sich dank staatlicher Beihilfen ganz gut wirtschaften.

Seife ist Seife. Ein Autoreifen ein Autoreifen. Das schaurig Schöne am Getreide ist: es kann Essen sein oder Treibstoff, Lebensmittel oder Energielieferant. „Flex Crop“ nennen die Experten diese Doppelrolle, „flexible Frucht“, bei der der Landbesitzer entscheiden kann, wie er sie an den Mann bringt: als Rohstoff fürs Brot?

Oder als Rohstoff für Agrartreibstoffe? Ist er nicht ganz dumm, schaut er erstmal auf die Preise: „Erst nach der Ernte wird dann je nach Marktlage entschieden, wofür der Anbau letztlich genutzt wird“, sagt Roman Herre von der Menschenrechtsorganisation FIAN, „meines Erachtens ein extrem wichtiger Treiber für spekulative Landinvestitionen“. Und ein klarer Renditefaktor, der fatale Folgen haben kann: „Wenn kurzfristig extrem viel Nahrungsmittel – Sojabohnen, Mais, Zuckerrohr, Palmöl – vom Weltmarkt abgezogen werden weil die Preise für Biosprit steigen, fehlen sie ganz einfach an anderer Stelle“. Das kann töten.

Und es führt zu einem radikalen Wandel landwirtschaftlicher Strukturen. In Afrika, in Lateinamerika und Asien. In Mecklenburg-Vorpommern.

In den vergangenen 25 Jahren, erzählt Herre, habe Deutschland seinen Bedarf an Weizen locker selber decken können. Durch die sogenannte Vermaisung, die Biogasgewinnung durch Mais, werde hierzulande jetzt allerdings nicht mehr ausreichend Weizen produziert, sagt er. „Was bedeutet, dass wir Flächen im Ausland dafür benötigen.“ Dazu gibt es Menschenrechte, insbesondere das Recht auf Nahrung, die verhindern sollen, dass Land Grabbing den Hunger verschärft. „Es fehlt jedoch der Wille vor Ort und auch in Deutschland und der EU, diese Rechte konsequent durchzusetzen.“

Langsam wächst da zusammen, was zusammen gehört: „Klar gibt es strukturelle Zusammenhänge zwischen Ostdeutschland und Afrika“, sagt der FIAN-Mann. „Die werden von Finanzinvestoren und Spekulanten getrieben, von großen globalen Konzernen, die diese Verknappung nutzen, indem sie selbst in die aktive Produktion einsteigen“. Um das Jahr 2000 sagt er, seien Risiken wie Ernteauffälle noch zu hoch gewesen, da hätten sich die Global Player eben über den freien Markt die Agrarrohstoffe gesichert – heute sind die Preise dafür so hoch, dass das Risiko durch die Preisschübe relativierbar ist. „Viele Konzerne betrachten nicht mehr nur den Weltmarkt als Agrarrohstofflieferant, sondern steigen selbst in die Produktion ein“, glaubt er. Breit aufgestellt kann man der Volatilität der Märkte einfach besser standhalten. Die Wenigsten in diesem Spiel um Arbeit, Boden, Kapital bekennen sich allerdings zu diesem Zusammengehörigkeitsgefühl.

Vielleicht, weil sie auch gar nicht so genau wissen können oder wollen, was da passiert, wo man investiert: „Wir dürfen nur auf Basis von öffentlich zugänglichen Informationen handeln. Deshalb setzen wir uns intensiv mit den Unternehmen auseinander, studieren Analysen, sprechen mit den Vorständen - hier bei uns im Haus, oder bei den Unternehmen vor Ort.“ Der Mann, der das sagt ist Claus Gruber, Reputational Risk Manager der DWS, der Fondsgesellschaft der Deutschen Bank, betreut dort die Nachhaltigkeitsthemen.

Der Mann spricht ehrlich und direkt – gut für den Ruf der DWS, die man viel lieber als Wurzel allen Übels sehen möchte. Die FIAN hat Ende 2010 eine Studie veröffentlicht, Titel: „German investment funds involved in land grabbing“, da rangiert die DWS ganz oben. Auch die KTG Agrar findet sich da wieder: über den Global Agribusiness Fonds ist die Fondsgesellschaft an der Hamburger Gruppe beteiligt, hält knapp 44.000 Aktien. Peanuts im Vergleich zu den Beteiligungen an Brasilagro, Yara International in Tansania oder Bisi International in Indonesien, die richtig dicken Fische im Agrobusiness.

Wer die vor Ort kontrolliert? „Meist gesellschaftliche Gruppen wie NGOs, aber auch die Politik über die Regulierung“, sagt Gruber, „Wir schauen uns manchmal die Produktionsstätten an, aber als Gast der Unternehmen. Also können wir nicht ohne Aufsicht über die Felder laufen.“ Auf einer Riesenfarm in Südamerika wisse keiner so genau, was hinter dem Wald passiere. „Darum ist für uns die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen wie der FIAN eine durchaus relevante Größe“. Man könnte auch sagen, da lagert eine der weltgrößten Fondsgesellschaften Verantwortung schlichtweg aus.

Das kann nicht gut gehen, das weiß auch die DWS. Sie verabschiedet Umwelt- und Sozial-Richtlinien für das Portfoliomanagement. Und versucht, diese bei den beteiligten Unternehmen zumindest mal zu platzieren. Aber nur kein Zwang, ist alles freiwillig!

Was aber tun, wenn sich herausstellt, dass man Anteile an einem Unternehmen hält, das Land raubt? Die Beteiligung abstoßen? Versuchen, die Firma zu einer anderen Haltung zu bewegen? In bestimmten Staaten gar nicht mehr investieren? „Es

ist nicht alles Gold, was glänzt; mancherorts ist es einfach sehr, sehr grau“, sagt Gruber.

Dann erklärt er, worauf es wirklich ankommt: „Als Treuhänder sind wir dem wirtschaftlichen Erfolg des Kunden verpflichtet“, sagt er. Bei der Analyse fließen aber in jedem Fonds ökologische und gesellschaftliche Aspekte mit ein. „Deshalb sprechen wir von verantwortlichem Investieren“.

Der wirtschaftliche Erfolg, das ist Common Sense, ist der Urtrieb des homo oeconomicus. Der will mehr Arbeit. Mehr Kapital. Mehr Boden. Boden aber, gibt's nur einmal.,